

«Der Markt wird es nicht richten»

Exponenten der Innovationsszene wünschen staatliche Investitionshilfen – der Bundesrat entscheidet bald

HANSUELI SCHÖCHLI

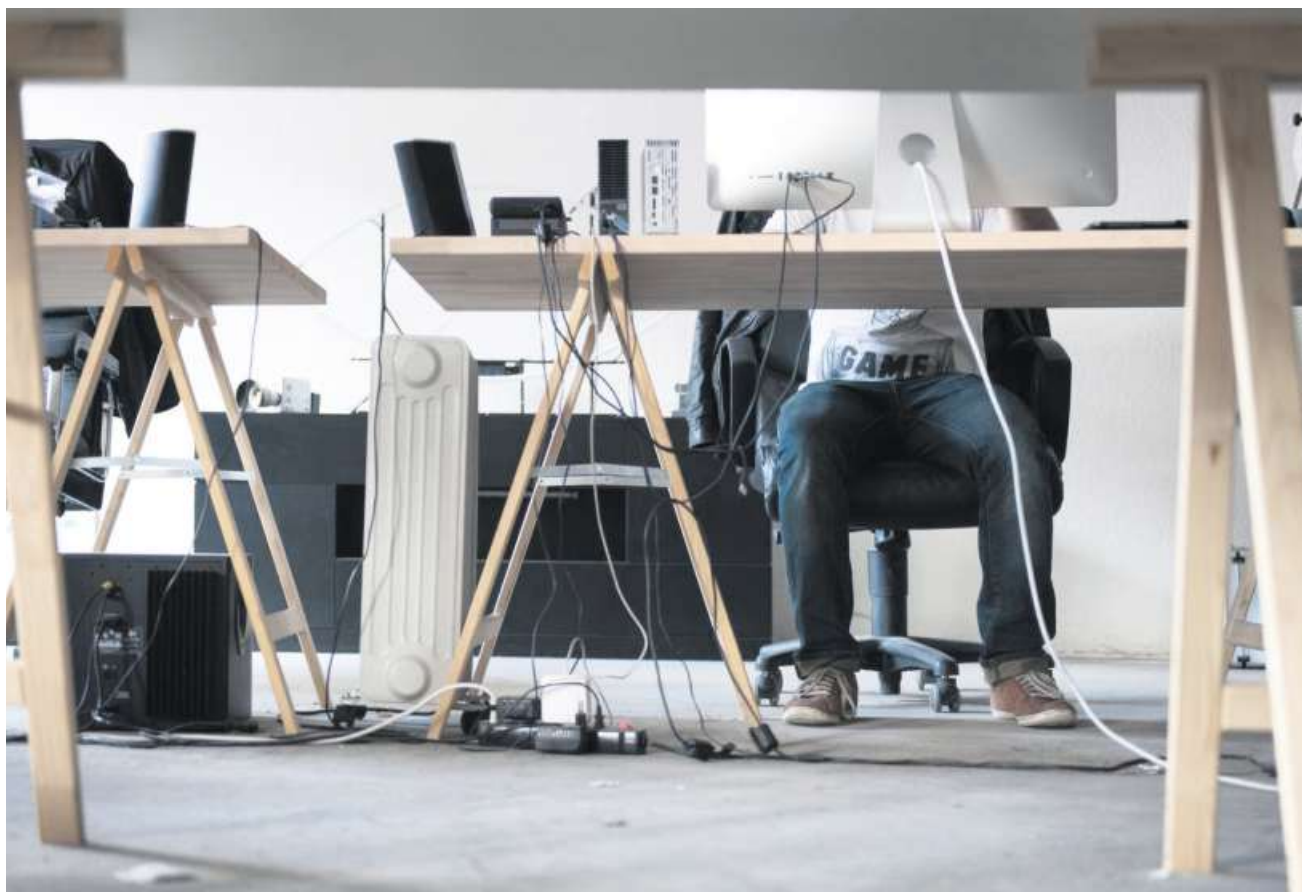
Die Schweiz steht wirtschaftlich sehr gut da. Doch die hiesige Wohlstandinsel ist kein Naturgesetz. Für den Wohlstand von morgen braucht es Innovationen von heute. International laufe enorm viel, doch die Schweiz riskiere, dass «der Schnellzug an uns vorbeifährt», sagt Christian Wenger. Er ist Anwalt und ein Kenner der Innovationsszene. Er hat schon mehrere Unternehmen gegründet, diverse spezialisierte Fonds unterstützt und den Swiss Entrepreneurs Fund mitinitiiert.

Wenger war am Mittwoch einer der 50 bis 60 Teilnehmer einer virtuellen Tagung zur Lage der Innovationsszene. Zu diesem «Ökosystem» zählen neben den Unternehmern auch Finanzierer, Hochschulen, Vermittler, Coaches, Berater, Anwälte und Behörden. In der Schweiz gibt es zwar eine Menge Kapital, doch nach Ansicht von Wenger fliesst viel zu wenig Kapital in innovative Jungfirmen. Immerhin: Auch die Schweiz schläft nicht. Gemäss dem neusten «Swiss Venture Capital Report» flossen 2021 gut 3 Milliarden Franken in innovative Jungfirmen. Seit 2012 hat sich die Investitionssumme der erfassten Projekte etwa versiebenfacht.

Im Mittelfeld

Das Ökosystem ist deutlich gewachsen, doch es ist laut einem Exponenten immer noch ein «zartes Pflänzchen». Nur gut ein Fünftel des Risikokapitals für Schweizer Jungfirmen stammt aus dem Inland. Der grosse Auslandanteil ist laut diversen Beobachtern ein Problem, weil ausländische – vor allem amerikanische – Investoren hiesige Unternehmen oft zu Verlagerungen ins Herkunftsland der Geldgeber drängen. Im internationalen Vergleich liegt die Schweiz mit dem Volumen der Investitionen in innovative Jungfirmen im Verhältnis zur jährlichen Wirtschaftsleistung auf einem Mittelfeldplatz. Dies klingt für ein kapitalstarkes Land, das einen wirtschaftlichen Spitzenplatz verteidigen will, eher bescheiden.

Ein auffälliges Merkmal in der Schweiz ist die Zurückhaltung des Staats bei der Finanzierung privater Projekte. Viele EU-Länder haben staatlich unterstützte Investitionsvehikel auf- und ausgebaut; hinzu kommt der Europäische Investitionsfonds. Wie sinnvoll wäre auch in der Schweiz ein staatlicher Anschlag? Gemessen an den Voten vom Mittwoch wäre dies in der Innovationsszene stark



Nur gut ein Fünftel des Risikokapitals für Schweizer Jungfirmen stammt aus dem Inland.

GORAN BASIC / NZZ

erwünscht. Präsentationen von Exponenten des Europäischen Investitionsfonds sowie von nationalen Projekten aus Deutschland, Dänemark und Grossbritannien erweckten den Eindruck, dass Staatsprogramme erfolgreich sein können – mit hohen Anlagerenditen und mit Leuchtturm-Effekten, die zusätzliche Investitionen von privaten Fonds und Pensionskassen auslösen können.

Staatliche Programme «können ein Katalysator für unternehmerische Aktivitäten sein», sagt der amerikanische Wirtschaftsprofessor Josh Lerner von der Universität Harvard. Er gehörte zu einer Forschergruppe, die im vergangenen Jahr eine systematische Studie über die Wirkungen staatlicher Innovationsfinanzierungen publizierte. Die Forscher erfassten weltweit über 750 Programme von 1995 bis 2019. Der Kernbefund: Solche Finanzierungsprogramme erhöhten typischerweise die Innovation vor Ort – vor allem wenn die Investitionen auf eine frühe Phase der Firmen fokussiert seien und eine Zusammenarbeit mit privaten Investoren umfassten.

Eine weitere Tendenz laut der Harvard-Studie: Wächst die staatliche Finanzierung eines Projekts, wächst auch die private Finanzierung; dabei können beide Seiten einander beeinflussen. Die Forschungsliteratur deutet auf einen positiven Effekt staatlicher Finanzierungen, sagt auch Wirtschaftsprofessor Pascal Gantenbein von der Universität Basel. Die Wirkung solcher Staatsprogramme auf die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt sei allerdings unklar.

Verweis auf Ausland

In der Schweiz war bisher die Idee eines staatlichen Innovationsfonds politisch nicht mehrheitsfähig, da ein Versagen des Marktes nicht offenkundig war und der Staat keine speziellen Kompetenzen im Herauspielen zukunftsreicher Technologien und Firmen haben dürfte. Die Befürworter der Idee verweisen dagegen auf erfolgreiche ausländische Beispiele von Israel bis Dänemark und auf die bedeutende Staatsrolle bei der Innovationsförderung in den grossen Volkswirtschaft-

ten USA und China. «Der Markt wird es nicht richten», sagt Christian Wenger. Die Befürworter setzen vor allem auf den «Signaleffekt» eines staatlichen Innovationsfonds: Ein solcher werde zusätzliche private Investitionen anregen und auch die chronischen Hemmungen der Schweizer Pensionskassen gegenüber Anlagen in Risikokapitalfonds reduzieren.

Zwei Empfehlungen für die Ausgestaltung eines allfälligen staatlichen Innovationsfonds sind oft zu hören: Die konkreten Investitionsentscheide sollen nicht bei Politikern, sondern bei Fachleuten liegen, und ein staatlicher Fonds soll nur Projekte mitfinanzieren, die zuvor schon Privatinvestoren überzeugt haben.

Das Thema kommt bald in den Bundesrat. Die Bundesverwaltung muss einen Bericht vorlegen, damit die Regierung im Juni einen Grundsatzentscheid fällen kann. Die Bundesverwaltung hat zu diesem Zweck auch eine externe Untersuchung über die Wirkungen ausländischer Staatsprogramme in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse liegen laut Angaben vom Mittwoch noch nicht vor.

IN KÜRZE

Kühne + Nagel behauptet sich in der Pandemie

gho. · Es bestätigt sich, was sich lange angekündigt hat: Der Schweizer Logistikkonzern Kühne + Nagel verbucht ein Rekordjahr. Der Wirtschaftsaufschwung nach der ersten Pandemiewelle sowie die Unterbrüche in den Lieferketten liessen den Umsatz und die Ertragskraft in die Höhe schnellen. Das Unternehmen erhöht die Dividende um mehr als das Doppelte auf 10 Franken je Aktie. Der Rohertrag, das ist der Umsatz abzüglich der Zölle und Frachtkosten, ist gegenüber dem Vorjahr stark gestiegen. Die stark verbesserte Konversionsrate, die den Rohertrag ins Verhältnis zum Betriebsgewinn (Ebit) setzt, zeigt zudem erstens, dass für die Dienstleistungen höhere Preise verlangt werden konnten, und zweitens, dass das Unternehmen die Kosten im Griff hat und sich schnell an die pandemiebedingten Verhältnisse anpassen konnte. Grosse Nachfrage, Staus in den Häfen und knappe Infrastruktur führten im Seegeschäft zu einer Verdoppelung des Nettoumsatzes. Der Bereich Luftfracht hob regelrecht ab und steigerte seine Bedeutung innerhalb des Konzerns.

Bucher Industries vermeldet für 2021 Rekordgewinn

nel. · Für Bucher Industries ist das Geschäftsjahr 2021 äusserst erfolgreich verlaufen. Der Zürcher Mischkonzern konnte sowohl beim Umsatz als auch beim Betriebsgewinn Rekorde verzeichnen. Und auch die Ebit-Marge, die auf 11,1 Prozent anstieg, liegt über dem letzten Höchstwert im Jahr 2013. Die Firma profitierte von einem stark gestiegenen Auftragseingang. Dieser lasse sich zum einen auf die positive wirtschaftliche Entwicklung, zum anderen aber auch auf Nachholeffekte aus dem Pandemiejahr 2020 zurückführen. Zudem hätten, so die Konzernleitung, viele Kunden angesichts der steigenden Inflation ihre Bestellungen für das laufende Jahr vorgezogen. Vor allem die Sparte Kuhn Group, die sich auf die Herstellung von Landmaschinen spezialisiert, konnte davon profitieren. Insgesamt konnte der Betriebsgewinn auf über 350 Millionen Franken gesteigert werden, das Konzernergebnis beträgt 269 Millionen Franken. Der Verwaltungsrat will die Dividende auf 9.50 Franken pro Aktie erhöhen, im Vorjahr betrug sie 6.50 Franken.

Georg Fischer erfreut sich starken Wachstums

nel. · Der Schaffhauser Industriekonzern Georg Fischer (GF) kann zufrieden auf das Geschäftsjahr 2021 zurückblicken. Sowohl beim Umsatz als auch beim Betriebsergebnis konnte ein starkes Wachstum erzielt werden, der Konzern befindet sich somit leicht über dem Vorkrisenniveau. Die Ebit-Marge stieg von 5,8 auf 7,5 Prozent. Das Jahr 2021 bedeutete für GF den Beginn eines neuen Strategiezyklus, in dem man den Fokus auf nachhaltigkeitsorientierte Märkte verlegen will. Dies habe das Konzernergebnis positiv beeinflusst, so die Geschäftsleitung. Zudem hätten sich wichtige Geschäftsfelder wie Haustechnik und Versorgung erholt. Alle Geschäftsbereiche profitierten von einer stark gestiegenen Nachfrage. Der Gewinn je Aktie hat sich auf 52 Franken nahezu verdoppelt, die Dividende soll von bisher 15 auf 20 Franken erhöht werden.

Wintershall schreibt Nord Stream 2 ab

Ht. · Wintershall Dea schreibt die Finanzierung der Ostseepipeline Nord Stream 2 ab. Dies erklärte das mehrheitlich vom Chemiekonzern BASF kontrollierte deutsche Unternehmen am Mittwoch. Es gehe um rund 1 Milliarde Euro. Wintershall Dea ist einer von fünf westeuropäischen Konzernen, die sich als Darlehensgeber an der Finanzierung des Pipelineprojekts beteiligt haben. Die österreichische OMV, die ebenfalls zu diesem Kreis zählt, hatte am Dienstag erklärt, die weitere Teilnahme überprüfen zu wollen.

Die EU tüftelt an einem Energiemarkt ohne Russland

Erneuerbare Energien sollen die Abhängigkeit von russischem Erdgas beenden

KALINA OROSHAKOFF, BRÜSSEL

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk warnte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel 2014 davor, dass Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas der Souveränität der EU schaden würde. Damals schimpfte er noch, dass die «exorbitanten» Umwelt- und Klima-Ambitionen der EU die Abhängigkeit gar verstärken könnten. Acht Jahre später arbeitet die Europäische Kommission nun mit Hochdruck daran, das russische Energie-Joch abzuwerfen. Sie setzt dabei auf den Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Nächste Woche will Brüssel die Strategie vorstellen, wie man in den kommenden Monaten auf die hohen Energiepreise und die Abhängigkeit von Russland antworten kann. Ein Entwurf davon liegt der NZZ vor.

Der Krieg werde tiefgreifende Konsequenzen für das Energiesystem in Europa mit sich bringen, sagte die estnische Kommissarin Kadri Simson am Montag am Rande eines Treffens der EU-Energieminister. Die heutige Situation rufe nach neuen Schritten, heisst es in dem Dokument der Kommission. So sollen neue Investitionen in «bezahl-

bare und nachhaltige» Energiequellen wie auch weitere Schritte zur Diversifizierung dabei helfen, die «Abhängigkeit von ausländischem Erdgas zu überwinden». Gemeint ist natürlich vor allem Moskau: Die EU bezieht rund 40 Prozent der Erdgasimporte aus Russland.

Mindestfüllstände vorgesehen

Die EU werde sicher durch diesen Winter kommen, sagte Simson. Aus dem Osten werde Erdgas über die Pipelines geliefert, und auch die Lieferungen von Flüssiggas (LNG) hätten zugenommen. Ferner soll laut Vorhersagen der Rest des Winters milde sein. Das hilft, den Energieverbrauch zu mässigen. Dennoch: Am Ende des Winters werden die Gasspeicher voraussichtlich «aussergewöhnlich leer» sein. War der Füllstand im vergangenen April bei 30 Prozent, sollen es nun laut Hochrechnungen etwa 18 Prozent sein.

Das soll in Zukunft anders sein. Um die Versorgung im nächsten Winter zu sichern, plant Brüssel Mindestfüllstände für Gasspeicher. In dem Entwurf ist von mindestens 80 Prozent bis zum 30. September die Rede. Das wird nicht nur in

Brüssel so gesehen. Anfang der Woche wurde bekannt, dass das deutsche Wirtschaftsministerium Schritte zur Sicherung von Erdgasspeichern eingeleitet hat. Als Ersatz für Russland wolle Brüssel vor allem den Zugang zu LNG ausbauen und sich mit Grosseinkäufern wie Japan, Südkorea, China und Indien absprechen.

Vor allem aber sollen die Klimaziele des grünen «Deals» helfen, den europäischen Energiemarkt so schnell wie möglich auf neue und vor allem «grüne» Beine zu stellen. Schon die Umsetzung der europäischen Klimaziele – diese sehen eine Reduktion der Treibhausgasemissionen in der EU bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent vor – soll die Abhängigkeit von Erdgas um 23 Prozent verringern. Darüber hinaus sollen die Genehmigungsprozesse für Projekte für erneuerbare Energien beschleunigt werden – und damit zusätzliche Investitionen in neue Projekte angezogen werden. Die Industrie beklagt sich über lange Wartezeiten schon seit Jahren. In Deutschland plant der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck ähnliche Schritte: Bis 2035 soll der Stromanteil grösstenteils aus erneuerbaren

Energien stammen. Und man möchte zwei neue LNG-Terminals bauen.

Gewinne zusätzlich besteuern

Dabei schreckt die Kommission auch nicht davor zurück, Stromkonzerne zur Kasse zu bitten. So hätten die privaten Haushalte und die Industrie unter den hohen Energiepreisen der vergangenen Monate gelitten, heisst es im Entwurf. Einige Energiefirmen aber würden zusätzliche Einnahmen einfahren – und die sollen die Regierungen der Mitgliedstaaten in dieser Krisensituation «ausnahmsweise» besteuern können. Das dürfe allerdings nur vorübergehend passieren und müsse an eine «spezifische Krisensituation» gebunden sein, heisst es im Anhang dazu. Zunächst ist dafür eine Frist bis Mitte Jahr vorgesehen.

An solchen Strategien arbeitet aber nicht nur Brüssel. Die Internationale Energieagentur wird diesen Donnerstag einen Plan vorlegen, wie die EU innerhalb eines Jahres die Abhängigkeit von russischem Erdgas reduzieren kann. Mit dabei: die estnische Kommissarin Simson und die französische Umweltministerin Barbara Pompili.